

Österreichs Bischöfe fordern mehr Synodalität in der Kirche!

Kathpress berichtet über die Ergebnisse der Frühjahrs-Vollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz, die vom 17. bis 20. März 2025 in Pannonhalma stattfand. Im Fokus stehen die Umsetzung des synodalen Prozesses und die Stärkung der Synodalität in der Kirche.

Wien, Österreich - In der österreichischen Bischofskonferenz wurde während der Frühjahrs-Vollversammlung vom 17. bis 20. März 2025 in der Abtei Pannonhalma eine klare Linie hinsichtlich der Umsetzung des synodalen Prozesses gezogen. Die Bischöfe bekräftigten die Notwendigkeit einer synodalen Kirche, in der Gemeinschaft, Teilhabe und Sendung zentrale Anliegen darstellt. Besonders Papst Franziskus hat betont, dass die Ergebnisse der weltweiten Synode schnell umgesetzt werden müssen. Dazu gehört die Bildung von Arbeitsgruppen in allen Diözesen, die von den jeweiligen Diözesanbischöfen geleitet werden sollen. Die österreichischen Bischöfe haben die fortschrittlichen Maßnahmen zur Stärkung der Synodalität in Österreich als große Chance begrüßt, um die kirchliche Gemeinschaft weiter zu festigen. So berichtete **Kathpress** über die verschiedenen Herausforderungen, die die Bischofskonferenz nun angeht.

Stärkung der Synodalität und Herausforderungen der Regierung

Ein weiterer zentraler Punkt der Diskussion war die politische Verantwortung der neuen österreichischen Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS, die seit dem 3. März 2025 im Amt ist. Die Bischöfe lobten die Kompromissbereitschaft der Politiker als

wesentlichen Bestandteil einer stabilen Demokratie. Sie betonten, dass der Konsolidierungsbedarf des Staates, insbesondere im Hinblick auf den Haushalt, dringend angegangen werden müsse. Hier gilt es, soziale Gerechtigkeit zu wahren und insbesondere die Schwächeren in der Gesellschaft nicht zu belasten. In diesem Kontext wurde auch eine Reform des Steuerwesens diskutiert, um die allgemeinen Belastungen fair zu verteilen. **Katholisch.at** berichtete, dass die Bischöfe die Wichtigkeit der politischen Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung betonen und die Notwendigkeit, im Gebet zu den Regierenden zu stehen, unterstrichen.

Diese Entwicklungen unterstreichen die Dringlichkeit, mit der die Bischofskonferenz ihre Prinzipien umsetzen will und gleichzeitig auf die politischen Gegebenheiten reagiert. Der Dialog zwischen Kirche und Politik wird als essenziell angesehen, um gemeinsam im Dienst für das Gemeinwohl effektiv zu handeln. Die Bischöfe sind sich einig, dass die Herausforderungen, die vor der Regierung liegen, nur mit einer gesunden und solidarischen Wahrnehmung der politischen Realität bewältigt werden können.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kathpress.at • www.katholisch.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at